

Tierschutz im Fokus: VGT startet große Kampagne für mehr Tierrechte!

VGT startet am 20.05.2025 in Wien die Kampagne „Mehr Schutz für Tiere“ gegen Missstände in der Nutztierhaltung.



Wien, Österreich - Am 20. Mai 2025 hat Christine Braun, die Geschäftsführerin des Vereins gegen Tierfabriken (VGT), eine neue bundesweite Kampagne mit dem Titel „Mehr Schutz für Tiere“ ins Leben gerufen. Diese Initiative erfolgt in Zusammenarbeit mit der Kreativagentur Reichel & Partner und zielt darauf ab, auf die unzureichenden Bedingungen in der Nutztierhaltung aufmerksam zu machen. Die Kampagne wird visuell durch Werbung auf Straßenbahnen, Infoscreens und Plakaten in Wien und Umgebung unterstützt.

Die Kampagnenmotive, die ein Schwein, ein Huhn und ein Rind in Intensivtierhaltung mit symbolischen Rüstungen zeigen, vermitteln die klare Botschaft: Tiere benötigen echten Schutz

und nicht nur leere Versprechen. Tatsächlich werden in Österreich jährlich rund fünf Millionen Schweine, über 100 Millionen Hühner und etwa 650.000 Rinder geschlachtet. Der Großteil dieser Tiere lebt unter Bedingungen in konventioneller Haltung, die hinter den wissenschaftlichen Empfehlungen und ethischen Ansprüchen zurückbleiben. Der VGT macht auf diese Problematik aufmerksam, indem er die gesellschaftliche Debatte über die dringend nötigen Reformen in der Nutztierhaltung anheizt.

Aktuelle Debatten und gesetzliche Rahmenbedingungen

Die Diskussion um den Tierschutz in der Landwirtschaft wird zusätzlich durch die jüngsten Bestimmungen im Tierschutzgesetz angeheizt. Tierschützer sind empört, da die Bedingungen für die Schweinehaltung sich voraussichtlich verschlechtern werden, anstatt Verbesserungen zu bringen. Ein zentraler Satz, der ein Verbot von Vollspaltenböden ab 2040 vorsah, wurde aus dem Gesetz gestrichen, und Vollspaltenböden sollen weiterhin erlaubt bleiben, teils nur mit der Auflage, dass sie mit Gummileisten beklebt werden.

Die Landwirte wird eine Übergangsfrist bis 2060 eingeräumt, sollte ein Verbot für Vollspaltenböden eingeführt werden. Kritiker, darunter DDr. Martin Balluch, Obmann des VGT, bezeichnen diese Entwicklung als Rückschritt für den Tierschutz und fordern eine Aufhebung des neuen Gesetzes durch den Verfassungsgerichtshof.

Gesetzliche Grundlagen des Tierschutzes

Das Tierschutzgesetz (TSchG) trat am 1. Januar 2005 in Kraft und ersetzt die verschiedenen Tierschutzgesetze der Bundesländer, um einheitliche Regelungen zu schaffen. Dieses Gesetz setzt EU-Richtlinien bezüglich der Mindeststandards für die Haltung von Legehennen, Masthühnern, Kälbern und

Schweinen um und regelt die allgemeinen Haltungsbedingungen für Tiere. Die detaillierten Anforderungen für die Haltung einzelner Tierarten sind in spezifischen Verordnungen festgelegt.

Die Zuständigkeit für die Umsetzung des Gesetzes liegt beim Gesundheitsministerium. Die Vollziehung obliegt den Ländern, und eine Fachstelle für tiergerechte Haltung und Tierschutz bewertet neue Haltungssysteme. Auch Tierschutzombudspersonen in jedem Bundesland sowie ein Tierschutzrat unterstützen die Umsetzung und Weiterentwicklung des Tierschutzes. Trotz dieser Regelungen und Institutionen bleibt der VGT mit seinen Kampagnen ein kritischer Wächter, der auf die Defizite im Tierschutz aufmerksam macht und dafür kämpft, die Rechte der Tiere zu stärken.

Für weitere Informationen über die Kampagne „Mehr Schutz für Tiere“ und die aktuelle Situation im Tierschutz in Österreich, besuchen Sie bitte **ots.at**, **heute.at** und **bmluk.gv.at**.

Details	
Vorfall	Tierschutz
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.heute.at • www.bmluk.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at